

Kreistag des Wartburgkreises

Landratsamt Wartburgkreis Haupt- und Personalamt	
PE	24. AUG. 2011
Kreistagsbüro	



Fraktion SPD-GRÜNE

Bad Salzungen, 23.08.2011

Antrag

zur Kreistagssitzung am 14.09.2011

Betr.: Resolution gegen die beabsichtigte Schließung des
Arbeitsgerichtes Eisenach

Eingang: 24. 08. 2011
KT 231 - 27/2011
TOP-Nr.: 12
(wird vom Kreistagsbüro ausgefüllt)

I. Beschlussvorschlag:

Der Landrat soll folgende Resolution an Herrn Minister Holger Poppenhäger übergeben:

Der Kreistag des Wartburgkreises spricht sich gegen eine Schließung des Arbeitsgerichtes Eisenach aus und fordert das Thüringer Justizministerium auf, die Schließungspläne zu verwerfen.

Sollte dennoch die Schließung des Arbeitsgerichtes Eisenach unumgänglich sein, wird das Thüringer Justizministerium aufgefordert, nach einer Lösung zu suchen, die den Bürgerinnen und Bürgern des Wartburgkreises die in der Begründung dargelegten Nachteile erspart. Als gebotene und wirtschaftlich durchaus vertretbare Alternative sehen wir die Einrichtung von Außenkammern.

Ein Gerichtstag wäre keine entsprechende Kompensation.

II. Begründung:

Wie aus dem Referentenentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Arbeitsgerichtsgesetzes (§2 Abs. 1 Satz 1; der Anlage zu § 2 Abs.2) zu entnehmen ist, wird beabsichtigt, das Arbeitsgericht Eisenach bis zum Jahr 2014 zu schließen.

Durch das nachfolgende Zusammenlegen mit dem Arbeitsgericht Suhl soll eine Kosteneinsparung im sechsstelligen Euro-Bereich erzielt werden. Ob das Kostenargument stichhaltig ist oder nicht, können und haben wir nicht zu beurteilen.

Allerdings ist schon jetzt abzusehen, dass es zur deutlichen Verschlechterung hinsichtlich der Erreichbarkeit des Arbeitsgerichtes Suhl kommen wird.

Für Prozessparteien aus Südwestthüringen werden sich sowohl die Fahrtwege respektive die Fahrzeiten mehr als verdoppeln.

In der Spitze könnten dann Fahrzeiten bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln von 3 Stunden mehr und für eine Fahrt zu Stande kommen. Ähnliches gilt auch für den wichtigen Industriestandort Eisenach.

Mit der Schließung des Arbeitsgerichtes würde die gerichtliche Infrastruktur des Wartburgkreises eine deutliche Schwächung erfahren.

Unter dem Aspekt, dass die Justizbehörde Dienstleister für Bürger und Unternehmen sein soll, ist die vorgenannte Verschlechterung für den Wartburgkreis nicht hinnehmbar. Es ist zu befürchten, dass Bürger wegen der langen Anfahrtswege und den damit verbundenen Unannehmlichkeiten auf die Wahrnehmung ihrer Rechte verzichten. Dies kann nicht im Sinne unseres Rechtsstaates sein.

Fraktion SPD-Grüne

